55. Jahrgang. № 218.

Dienstag, 8. August 1911.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 2,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jeder Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Seidel & Naumanns Germania-Fahrräder Struvestrasse 9, nahe Prager Strasse.

Vorzüglich sind Gummischläuche mit Ventil. E. Böhme's rother Gartenschlauch. Telephon I. 3899. E. Böhme, Blasewitzer Str. 7 Dresden-A.

Königl. Preuß. Staatsmedaille i. Silber.
Bon Jour mit Goldmundstück .... 3½ Pf.
Kronprinz Wilhelm m. versch. Mundstück 6½ und 10 Pf.
Lieblings-Zigarette Sr. Kaiserl. u. Königl. Hoheit des Kronprinzen.
Egyptian Cigarette Company, Berlin NW. 7
Kairo — Brüssel — London E. C. — Frankfurt a./M., Bahnhofsplatz 10.
Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Notieren Sie, bitte, 18688. Seeling & Roch, Blasewitzer Str. 70 und rufen Sie an bei Defekten Ihrer elektrischen Leitung, Ihres Haustelefons, Ihrer elektr. Klingelleitung, bei Bedarf an Glühlampen jeglicher Art. Verlangen Sie Anschläge über alle Arten elektr. Licht- und Kraftanlagen für Stark- und Schwachstrom. Sie werden preiswert und unter Garantie gut bedient.

Haut-Bleichcreme „Chloro" bleicht Gesicht und Hände in kurzer Zeit rein weiss. Wirksam erprobtes unschädliches Mittel gegen unschöne Hautfarbe, Sommersprossen, Leberflecke, gelbe Flecke, Hautausschläge. Mit ausführlicher Anweisung 1 Mark, bei Einsendung von 1,20 Mark franko. Depot und Versand: Löwen-Apotheke DRESDEN-A., Altmarkt.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Heiß, heiter.

Zur Marokkofrage bringen die „Sächs. Pol. Nachrichten", die Korrespondenz des Konservativen Landesvereins, eine bemerkenswerte Erklärung.

Die deutsche Kronprinzessin wohnte in Bayreuth einer „Parsifal"-Aufführung bei.

In Potsdam sind von den dort garnisonierenden Regimentern fünf Mann an der Ruhr erkrankt.

Der Deutsche Katholikentag findet zurzeit in Mainz statt.

Die Generalversammlung des Krankenkassenverbandes Halle lehnte die Einigungsvorschläge der Aerzteschaft ab.

Die geplante organisierte Betriebseinschränkung der deutschen Baumwollspinnereien ist gescheitert.

Der Waldbrand im Eisacktale wurde durch heftige Gewitterregen gelöscht.

Kriegsminister Baron v. Schönaich wird in den nächsten Tagen demissionieren.

Eine von französischen und spanischen Arbeitern besuchte Versammlung in Madrid erklärte, sich jeder kriegerischen Unternehmung widersetzen zu wollen.

Im Londoner Hafen streiken zurzeit 50 000 Arbeiter.

In der Mandschurei sind bei Ueberschwemmungen infolge Platzregens über 1000 Menschen umgekommen.

Die türkische Flotte hat Befehl erhalten, die Gewässer des Aegäischen Meeres nicht zu verlassen.

Auf Java sind innerhalb 7 Tagen 32 Personen an der Pest gestorben.

Zugunsten unserer gemäßigt schutzzöllnerischen Wirtschaftspolitik

spricht Herr H. A. Bueck, der langjährige Generalsekretär des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, ein gewichtiges Wort in einer im Verlage von Julius Springer in Berlin erschienenen Broschüre, die den Titel führt: „Weshalb die Industrie der Parole „Kampf gegen rechts" nicht folgen soll." Kurz, knapp und klar, wie das Wesen des Mannes, ist auch seine Schreibart. Kein Phrasengeklingel, keine Schlagworte, keine Effekthascherei mittels „volkstümlicher" Hilfsmittel; statt dessen ein reichhaltiges Arsenal sachlicher Gründe, deren überzeugender Kraft kein ruhig Denkender sich entziehen kann. Was Herr Bueck sagt, ist auch deshalb besonders wertvoll, weil es die Weisheit und Erfahrung eines in tiefgründiger Lebensarbeit gereiften Mannes darstellt, der allezeit hoch über allem parteipolitischen Getriebe gestanden hat. Es tut ungemein wohl, in den erregten Tagesstreit eine solche autoritative, leidenschaftslose Stimme hineintönen zu hören, und jeder Patriot ohne Unterschied der engeren Parteirichtung kann nur lebhaft wünschen, daß sie in den industriellen Kreisen, an die sie gerichtet ist, ernste Nachachtung finden möge.

Es ist ein sehr feiner Zug des Verfassers, daß er den Herren auf industrieller Seite, die heute nur zu oft alles Heil von den freihändlerischen demokratischen Parteien erwarten, die ihnen anscheinend nicht mehr gegenwärtigen Ereignisse in Erinnerung bringt, die sich vor und bei der Umkehr der deutschen Wirtschaftspolitik vom Freihandel zu einem System maßvoller Schutzzölle vollzogen haben. Damals hatte es der Freihandel so herrlich weit gebracht, daß fast 96 Prozent der Einfuhr zollfrei die deutschen Grenzen passierten. Und wie waren die „segensreichen" Folgen dieser manchesterlichen Wirtschaftspolitik? Unser alter ehrwürdiger erster Kaiser erkannte sie zuerst, als ihm im Sommer 1876 auf seiner alljährlichen Reise nach Gastein die ungewöhnlich zahlreichen Fabrikschornsteine auffielen, denen kein Rauch entströmte. Am 22. Juli 1876 richtete der Kaiser von Gastein aus jenes denkwürdige Schreiben an Bismarck, worin er diesen auf die erwähnte Erscheinung hinwies und ihn zur Berichterstattung über die Ursachen des Stillstehens so vieler Fabriken aufforderte. Damit war der Stein ins Rollen gekommen, und die notwendige Zollreform wurde in der Folge mit Hilfe der Rechten unter der verständnisvollen Mitwirkung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller zur Tat gemacht. Der gemäßigte Liberalismus verstand damals die Zeichen der Zeit nicht und bestand hartnäckig weiter auf seinem freihändlerischen Schein, bis schließlich auch er der Logik der Tatsachen nicht länger widerstehen konnte und sich im Heidelberger Programm ebenfalls zu der Politik eines gemäßigten Zollschutzes für die nationale Arbeit bekennen mußte.

Heute läßt sich leider auch ein Teil der Industriellen, die selbst erst durch den Schutzzoll groß geworden sind, dazu verleiten, den Lockrufen der freihändlerischen Parteien zu folgen. Die demokratischen Manchestermänner reden diesen Elementen ein, daß, wenn Deutschland seine Zölle abschaffen wollte, die anderen Nationen schleunigst diesem Beispiele folgen und gleichfalls ihre schützenden Zollmauern niederreißen würden, so daß dann mit viel größerem Gewinn als bisher exportiert werden könnte. So unsinnig diese Beweisführung ist, so verfängt sie doch, weil die gleiche politische Gesinnung, die nach links hinneigt, sie den betreffenden Industriellen annehmbar macht. Ueberhaupt tritt bei dem ganzen Vorgehen des freihändlerischen Radikalismus das planmäßige Bestreben hervor, die rein wirtschaftlichen Fragen, ob Freihandel oder Schutzzoll, derartig mit der politischen Gesinnung zu verquicken, daß die Anhänger des Schutzzolles geflissentlich als politische „Reaktionäre" hingestellt werden, während die Linksliberalen und Fortschrittler als Erbpächter einer „wahrhaft freiheitlichen" Anschauungsweise gepriesen werden, mit der freihändlerische Tendenzen untrennbar verbunden seien. Auf diese Logik sind auch die liberalen Industriellen vielfach hereingefallen und haben sich damit in Widerspruch zu ihren eigenen wirtschaftlichen Interessen gesetzt. Hier setzt nun Herr Bueck mit einem nachdrücklichen Appell zur sachlichen Trennung von politischen und rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten ein, indem er darauf hinweist, daß der Liberalismus als solcher keineswegs die Feindschaft gegen unsere bestehende Wirtschaftspolitik bedingt. Daß im übrigen der liberale Gedanke von einer ganz erheblichen Zahl der Industriellen nach Maßgabe der Entwicklung, die unsere gesamten Verhältnisse genommen haben, als die zur Gesundung führende politische Richtung angesehen wird, verkennt Herr Bueck weder, noch will er in dieser politischen Auffassung die in Betracht kommenden Industriellen irgendwie beschränken. Das ist in der Tat auch gar nicht der springende Punkt unserer augenblicklichen wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten. Dieser tritt vielmehr darin in die Erscheinung, daß wirtschaftliche und politische Ideen und Grundsätze von einem gewissen Liberalismus in einen Topf geworfen werden. Nur der alte, in den Köpfen der Radikalen und Linksliberalen anscheinend unausrottbare Aberglaube, daß Liberalismus und Freihandel identische Begriffe sind, hat die unendlich erschwerende Komplikation in unseren gesamten inneren Verhältnissen geschaffen, daß jeder waschechte Linksliberale sich bei Todesstrafe verpflichtet glaubt, zugleich Gegner des Schutzes der nationalen Arbeit zu sein.

Weiter prüft Herr Bueck die Garantien, die für die Fortführung unserer bisherigen Wirtschaftspolitik vorhanden sind. Wegen der unerschütterlichen Festigkeit der verbündeten Regierungen hegt der Verfasser zwar gewisse Besorgnisse wegen der auf anderen Gebieten hervorgetretenen Abnahme der amtlichen Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Ansturm der Parteien und der Massen, hofft aber dennoch, daß die verbündeten Regierungen den starken Hort bilden werden, der bei der jetzigen Bewegung dringend erforderlich ist. Unter den Parteien im Reichstage sind die Linksliberalen im Bunde mit den Sozialdemokraten ausgesprochene und unversöhnliche Gegner eines wirksamen Zollschutzes; auch das Zentrum ist so unberechenbar geworden, daß es zu den unbedingt zuverlässigen Stützen unserer Wirtschaftspolitik nicht gerechnet werden kann. Auf seiten der Nationalliberalen ist nur auf eine verhältnismäßig kleine, rechtsstehende Gruppe, zu der alte, treue Kämpfer für die Schutzzollpolitik gehören, mit absoluter Sicherheit zu rechnen. Ein erheblicher Teil der nationalliberalen Partei steuert jedoch neuerdings im politischen Kielwasser des Fortschritts, und bei dieser Entwicklung ist es nicht zweifellos sicher, daß diese Kreise im Augenblick der Entscheidung treu zur Fahne des Schutzes der nationalen Arbeit halten werden. Demnach bleiben, von kleineren, nicht ausschlaggebenden Gruppen abgesehen, nur die Konservativen in ihren beiden Richtungen, den Deutsch- und den Freikonservativen, übrig. Sie sind also die einzigen, wirklich festen und zuverlässigen Stützen der Bismarckschen Wirtschaftspolitik zu bewerten, und von ihnen ist zweifellos zu erwarten, daß sie ebenso wie am Ende der 70er Jahre auch bei einer künftigen Entscheidung wieder für das bewährte System eines gemäßigten Zollschutzes eintreten werden. Daher können die einsichtigen und zielbewußten Industriellen, welche die Interessensolidarität zwischen Industrie und Landwirtschaft im Punkte der zollpolitischen Erhaltung der Arbeitsgelegenheit und des allgemeinen Schutzes der vaterländischen Erwerbstätigkeit im bisherigen Umfange richtig erfassen, keinesfalls der Parole „Kampf gegen rechts" folgen, selbst dann nicht, wenn sie sich politisch zum Linksliberalismus bekennen. Wenn sie es doch tun, so beschreiten sie einen Weg, der früher oder später zu denselben trostlosen wirtschaftlichen Zuständen wie in den 70er Jahren führen muß. Die „nichtrauchenden Fabrikschornsteine" des Jahres 1876, die Herr Bueck in die Erinnerung ruft, sind ein wirtschaftspolitisches Menetekel für die bevorstehenden Reichstagswahlen, wie es wirksamer nicht gedacht werden kann.

Neueste Drahtmeldungen

vom 7. August.

Einberufung des Reichstages.

(Vergleiche Tagesgeschichte.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Zu der Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg." am Sonnabend über die Verhandlungen betreffs Marokkos bemerkt die „Tägl. Rundschau": Es ist erfreulich, daß so durch eine zuständige Stelle die in der Tat mit großer Zurückhaltung gewahrte Haltung der deutschen Presse anerkannt wird. Um so überzeugender müßte es auf die Regierung wirken, wenn dieselbe Presse ein weiteres Hinhalten der fieberhaft erregten nationalen öffentlichen Meinung für eine Gefahr erklärt. Es geht auf die Dauer nicht, daß wir eine peinliche Zurückhaltung und Diskretion üben, wenn auf der Gegenseite von dergleichen keine Rede ist.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Nationalzeitung" schreibt: „Die „Nationalliberale Korrespondenz" hat jetzt, wo die maßgebenden Führer fern von Berlin weilen, empfohlen, daß vor dem endgültigen Abschluß der Marokkoverhandlungen der Reichstag einberufen werde. An maßgebender Stelle vertritt man die Ansicht, der auch wir beipflichten, daß in dem jetzigen Stadium der Marokkoverhandlungen die Einberufung des Reichstages nur geeignet wäre, im Auslande Aufregung und Verwirrung zu erzeugen. Dann könnte man eine solche Maßregel in zweifachem Sinne falsch auslegen. Man könnte wähnen, daß der Reichstag zusammentrete, um die Mittel für einen bevorstehenden Krieg zu bewilligen, und eine solche Deutung wäre ebenso verhängnisvoll, wie die Auffassung, daß die Regierung jetzt ratlos sei, den rechten Ausweg nicht finden könne und die Verantwortung auf den Reichstag abwälzen wolle."

*

Köln. (Priv.-Tel.) In einem Berliner Telegramm widerspricht die „Köln. Ztg." der Notwendigkeit einer Einberufung des Reichstages und erklärt, wenn der Reichstag gegenwärtig tage, könne der Reichskanzler in einer etwaigen Erklärung über den Stand der deutsch-französischen Verhandlungen nicht die Bürgschaft dafür übernehmen, daß es wirklich zu einer Einigung komme und daß die Verhandlungen nicht im letzten Augenblick an einem nicht vorauszusehenden Hindernis scheiterten. Deshalb sei es unmöglich, über eine diplomatischen Beratungen unterworfene Frage in eingehende sachliche Erörterungen einzutreten. Erst wenn der Vertrag vorliege, werde sich der Reichstag ein Urteil bilden können, ob das Abkommen der Würde und den Interessen des Reiches entspreche.

Trauerfeier für Reinhold Begas.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Trauerfeier für Reinhold Begas wohnten im Auftrage des Kaisers Generaladjutant v. Löwenfeld, der Kaiserin Kammerherr v. Veltheim, des Prinz-Regenten von Bayern Legationsrat v. Schoen, des Reichskanzlers Regierungsrat v. Oppen und des preußischen Kultusministers Ministerialdirektor v. Schwartzkopff bei, die Kränze am Sarge niederlegten. Für die Königl. Sächs. Akademie der bildenden Künste überbrachte der sächsische Geschäftsträger Freiherr von Biedermann einen Kranz. Vertreter zahlreicher künstlerischer Korporationen wohnten der Feier bei. Die Gedächtnisrede hielt Prediger Drews; außerdem sprachen am Sarge Professor Schleich, der langjährige Freund des Hauses Begas' und Paul Meyerheim; letzterer namens der Akademie der Künste. Nachmittags erfolgte die Ueberführung der Leiche nach Hamburg, wo morgen die Einäscherung erfolgt.

Ruhr-Erkrankungen in der Potsdamer Garnison.

Berlin. (Priv.-Tel.) In Potsdam sind 5 Mann der dort garnisonierenden Regimenter an der Ruhr erkrankt. Es wird vermutet, daß der Seuchenherd in den